



# HESSISCHER LANDTAG

08. 05. 2012

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Anhörung chinesischer Asylbewerber zur Identitätsfeststellung in hessischen Ausländerbehörden**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag kritisiert, dass am 26. März 2012 in der Zentralen Ausländerbehörde Kassel eine Sammelanhörung zur Identitätsfeststellung von chinesischen Asylbewerbern in Anwesenheit von chinesischen Staatsbediensteten vollzogen wurde.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Zentralen Ausländerbehörden anzuweisen, keine Anhörungen zur Identitätsfeststellung von Asylbewerbern durchzuführen, bei denen Asylbewerber durch Bedienstete von Staaten verhört werden, in denen massive Menschenrechtsverletzungen stattfinden.

### **Begründung:**

Nach dem bilateralen Memorandum of Understanding zwischen dem Bundesministerium des Inneren und dem Ministerium für öffentliche Sicherheit der Volksrepublik China aus dem Jahr 2002 sollen chinesische Experten, die auf diplomatischem Wege eingeladen werden, die Ausländerbehörden bei der Identitätsfeststellung unterstützen.

Im Rahmen der Anhörung chinesischer Asylbewerber in der Zentralen Ausländerbehörde Kassel wurden jedoch Ungereimtheiten festgestellt. Anwälte und Betreuer der Anzuhörenden waren nur als "stille Beobachter" zugelassen. Weiterhin weist der Niedersächsische Flüchtlingsrat in seiner Pressemitteilung auf ein Schreiben des Regierungspräsidiums Kassel vom 16. Februar 2012 hin, in dem Ausländerbehörden dazu angehalten werden, in den Vorladungen "mit keiner Silbe etwas von einer Anhörung vor einer chinesischen Delegation" zu erwähnen. Grund dafür sei, dass im Jahre 2011 Rechtsanwälte durch die Anfechtung von Vorladungsverfügungen erfolgreich eine Vorladung zur Anhörung haben verhindern können.

Nach Berichten von Menschenrechtsorganisationen werden mehrere Millionen Menschen in China aus politischen oder religiösen Gründen in Zwangsarbeitslagern, Gefängnissen oder psychiatrischen Anstalten festgehalten. In ihre Heimat zurückgeführte Asylbewerber sind von derartigen Menschenrechtsverletzungen nicht ausgeschlossen. Vor diesem Hintergrund ist die Beteiligung von chinesischen Staatsbeamten an Verhören aus menschenrechtlichen Gründen nicht hinnehmbar.

Wiesbaden, 8. Mai 2012

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Tarek Al-Wazir**